



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Weltwende**

**Stegemann, Hermann**

**Stuttgart, 1934**

Der Youngplan

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-75363](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-75363)

die Scheinblüte Deutschlands die Vorstellung von einem allzu rasch erstarkenden Reiche geweckt hatte.

Deutschland, das die Unerfüllbarkeit der Tributforderungen durch Erfüllung der ihm auferlegten Verpflichtungen zu erweisen trachtete, hatte nicht damit gerechnet, daß man daraus immer weitergehende Forderungen ableiten werde. Das war der Irrtum im Grundsatz dieser Politik.

Als die Räumung der Rheinlande und die allgemeine Abrüstung von einer neuen Schuldenordnung abhängig gemacht und an Stelle des Dawesplans der Youngplan aufgelegt wurde, wuchs das Problem, hinter dem man immer noch die Liquidation des Weltkrieges suchte, in die entscheidende Krisis.

Die Kommerzialisierung der Tribute wurde diesmal international und banktechnisch verankert, die Endsumme festgestellt und die Zahlungen auf weitere 59 Jahre verteilt. Bis zum Jahre 1966 sollten jährlich 2050 Millionen bezahlt werden, von 1966—1988 in absteigender Skala 1700—897 Millionen. Zwei Geschlechterfolgen des deutschen Volkes wurden zu Schuldnern des internationalen Kapitals, die Dawesanleihe garantiert und die zwischen den Alliierten bestehenden finanziellen Differenzen der deutschen Rechnung zur Last geschrieben. Die deutschen Sachverständigen wehrten sich auf den Konferenzen in Paris und im Haag gegen das neue unerfüllbare Diktat, aber die Regierung, von der Stunde bedrückt und noch einmal auf eine unbekannte Zukunft sehend, konnte die Erfüllungspolitik nicht vor der endgültigen Formulierung des Problems stecken lassen und lief die Bahn mit der letzten Kraft zu Ende, um die Rheinlande als Trostpreis heimzubringen. Stresemann brach darüber zusammen. Seine Politik war national gedacht, klug und beweglich geführt, aber sie blieb von Locarno bis zum Haag an die innerdeutschen Verhältnisse und die Spielfärke seiner Gegner gebunden und ging mit ihm zu Grabe. Die Befreiung der Rheinlande war ihr letzter, Respekt heischender Gewinn. Mit ihr ging die zweite Phase der Erfüllungspolitik zu Ende.

\*

Im Kampf um den Youngplan hat auch die Weimarer Koalition mit dem von ihr systematisch betriebenen Wechselspiel der in der Regierung vertretenen Parteien die tödliche Wunde empfangen, von der sie nach diesem letzten Siege nicht mehr genesen sollte.

Sie hat diesen Sieg in der Abwehr erstritten, aber das Gesetz des Handelns an die Opposition abtreten müssen. Sie hat ihn erfochten, weil sie die Räumung der Rheinlande als nationale Parole ausgeben konnte. Aber sie hat nach der Befreiung der Rheinlande keine andere mehr gehabt, denn die allgemeine Abrüstung und die mit dieser verknüpfte Gleichberechtigung konnten nicht als Devise auf ein Banner geschrieben werden, unter dem der Kampf um die Erfüllungspolitik geführt worden war.

Dieser tragischen Verkettung der Umstände mußte die Parlamentsmehrheit und mit ihr das Regierungssystem früher oder später zum Opfer fallen.

Zwei Jahre dauerte der Kampf, in dem nun von beiden Seiten mit voller Kraft gestritten wurde. Streng genommen war die Opposition schon im Mai 1928 zum Angriff übergegangen, als Hitler die Nationalsozialisten zum ersten Male in die Wahlschlacht führte und 12 Reichstagsitze gewann. Auch der Stahlhelm, der schon im Jahre 1927 mit 132000 Mann in Berlin aufmarschiert war, betrat jetzt geschlossen das politische Feld. Noch wichtiger war die Schwenkung der Deutschnationalen Partei, die sich im Herbst 1928 unter der Führung Hugenburgs auf die Ablehnung der Kompromißpolitik besonnen und um dieser grundsätzlichen Entscheidung willen sogar den Austritt ihrer linken Flügelgruppe hingenommen hatte.

Im Oktober 1929 ist die Opposition zu einem großen Vorstoß zusammengetreten. Sie griff in das Arsenal der Weimarer Verfassung und machte das dem Staatsbürger vom Gesetz gewährleistete Recht der Initiative, das sogenannte Volksbegehren, dem Kampf um den Youngplan dienstbar.

Es war kein taktischer Vorstoß, sondern ein Versuch, die im Vertrag von Versailles ausgesprochene Diskriminierung Deutschlands im politischen Kampfe auszuwerten und zugleich die Erfüllungspolitik an der Wurzel zu treffen. Die Regierung sah sich zum ersten Male aufgefordert, von dieser Politik Abschied zu nehmen.